

Visionen

zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
in Erfurt



Vorwort

Wolfgang Zweigler –
kommunaler Beauftragter für Menschen mit Behinderung..... 4

Allgemeine Informationen zum Stadtratsbeschluss 5

Die Visionenkonferenz – Ein Rückblick 6

Die Maßnahmenkonferenz – Ein Ausblick

- Ziele der Maßnahmenkonferenz 7
- Veranstaltungshinweise 8

Erfurter Visionen im Überblick

- Bildung 11
- Wohnen und Leben 15
- Arbeit und soziale Sicherheit 19
- Gesundheit 23

Formulierungshilfen und Notizen 25

Impressum 28

Liebe Erfurterinnen und Erfurter,

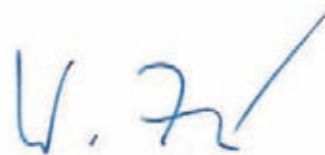
am 10. Dezember 1948 haben die Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verkündet. Ob sie dabei auch an Menschen gedacht haben, die anders sind als der Durchschnitt? Mag sein, aber die 58 Jahre bis zur UN-Behindertenrechtskonvention von 2006 haben offenbar gezeigt, dass die Proklamation großer Ziele und deren Umsetzung zwei sehr verschiedene Dinge sind. Die Details des täglichen Lebens sind am Ende das, worauf es wirklich ankommt. So erkannte man Handlungsbedarf, die Durchsetzung dieser allgemeinen Rechte genauer zu definieren.

Was dabei für solch ein Gemeinwesen wie unsere Stadt wünschenswert ist, hat eine kleine Gruppe engagierter Er-



furterinnen und Erfurter nach unermüdlicher Vorarbeit in einer großen Konferenz im Juni 2012 erfragt, zusammengetragen und in dieser Broschüre der Öffentlichkeit vorgestellt.

Lassen Sie uns nun gemeinsam daran gehen, diese Wünsche in konkrete Schritte umzumünzen, damit jeder weiß, was er tun kann, damit alle in unserer Stadt immer besser zusammenleben können!



Wolfgang Zweigler

Beauftragter für Menschen mit Behinderungen
der Landeshauptstadt Erfurt

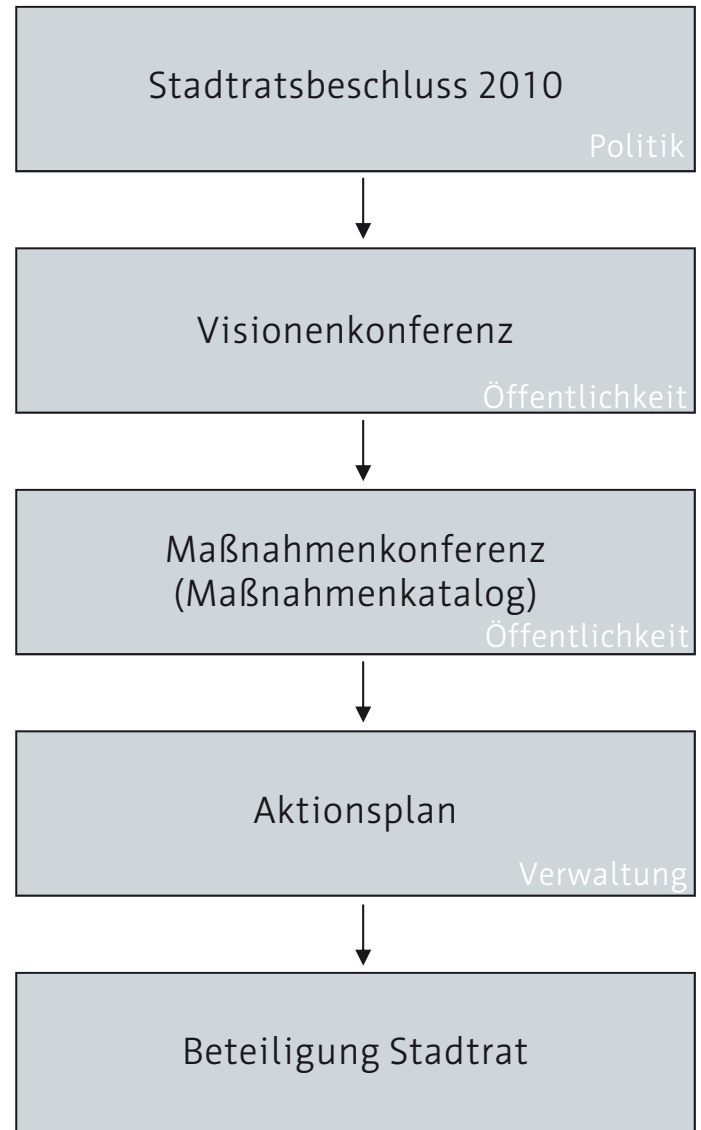
Stadtratsbeschluss vom 23.06.2010

Dass Menschen mit Behinderung weltweit gleichberechtigt unter allen anderen Menschen leben können, ist eine Vision der Vereinten Nationen. Im Jahre 2009 wurde die UN-Konvention in Deutschland ratifiziert. Bundestag, Thüringer Landtag und auch der Erfurter Stadtrat haben beschlossen, diese Vision in die Tat umzusetzen.

Dem entsprechend wurde die Verwaltung im Kontext des Stadtratsbeschlusses vom 23.06.2010 beauftragt, zusammen mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung einen umfassenden **Aktionsplan** zur Umsetzung der UN-Behinderterrechtskonvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung zu erarbeiten. Dies gilt als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. In den Prozess werden Gruppen aus Wirtschaft, Sport, Kultur, Gesundheit und Kirchen integriert.

Ziel ist es, mit möglichst vielen Ideen/Visionen einen konkreten Maßnahmenkatalog zu entwerfen, der als Vorschlag für ein inklusives Erfurt dem Stadtrat überreicht werden soll.

Verfahrensverlauf



Visionenkonferenz

Dem Beirat für Menschen mit Behinderungen war es wichtig, dass der Erfurter Aktionsplan (zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention) in einem öffentlichen und transparenten Prozess erstellt wird. In diesem sollen alle Erfurterinnen und Erfurter ihre Ideen, ihre Wünsche, aber auch ihre Forderungen einbringen können.

Mit der Visionenkonferenz am 11. Juni dieses Jahres ist ein erster Schritt getan. Der Einladung ins Atrium der Erfurter Stadtwerke folgten über 200 TeilnehmerInnen. Im Hauptteil der Veranstaltung haben die Besucher ihre Visionen zu einem inklusiven Erfurt an verschiedenen Themenwänden festgehalten.

Im Ergebnis liegen Anregungen vor, die in ihrer Zahl und ihrer inhaltlichen Vielfalt beeindruckend sind. Sie finden sie alle in diesem Heft wieder.

Einerseits wird deutlich, wie viel Handlungsbedarf noch besteht. Andererseits macht es Mut, zu sehen, wie viele engagierte Menschen sich für Veränderungen in unserer Stadt einsetzen.



Maßnahmenkonferenz

Für den Monat November sind **vier thematische Workshops** geplant, die für jede/n offen sind. Hier sollen aus Visionen handfeste Vorschläge für konkrete Maßnahmen entstehen:

Wo und für Wen ? soll

Was konkret?

bis Wann?

durch Wen? Wirklichkeit werden?

Die so entstandene Sammlung von konkreten Vorschlägen und Forderungen (Maßnahmenkatalog) wird für die Stadtverwaltung die Grundlage sein, den geforderten Aktionsplan zu erarbeiten. Deshalb werden an den Workshops bereits Vertreter der beteiligten Ämter anwesend sein.

Am 03. Dezember soll dieser Maßnahmenkatalog der Öffentlichkeit vorgestellt und dem Oberbürgermeister übergeben werden.

Wie sollen nun aber aus über 150 Visionen in relativ kurzer Zeit handfeste Pläne geschmiedet werden?

Dafür braucht es eine gute Vorbereitung von allen Teilnehmenden!

Bitte diskutieren Sie schon **im Vorfeld** mit Gleichgesinnten und/oder in Ihren Interessenverbänden Ihre Vorstellungen. Formulieren Sie Ihren Vorschlag für eine konkrete Maßnahme möglichst schon schriftlich vor. Nehmen Sie dabei wo immer es geht, Bezug auf eine der hier veröffentlichten Visionen.

Wer als Einzelperson Unterstützung bei der Formulierung seiner Forderungen benötigt, dem stehen im Vorfeld das Büro des Bürgerbeauftragten und jeweils ab einer halben Stunde vor Veranstaltungsbeginn Assistenten vor Ort zur Verfügung.

Insbesondere **Interessensverbände** werden gebeten, ihre Vorschläge bereits im Vorfeld schriftlich einzureichen. Bitte überlegen Sie auch, ob Sie neben allen berechtigten Forderungen gegenüber der Stadt auch **eigene Initiativen als Maßnahmen** vorschlagen können. Am Ende des Heftes finden Sie eine Formulierungshilfe für Ihre Vorschläge.

Begeben wir uns gemeinsam auf diesen Weg!

Ablauf der Workshops sowie der abschließenden Maßnahmenkonferenz

Veranstaltung	Thema	Datum	Zeit	Ort
Workshop 1	Bildung	5.11.12	16:00 - 18:00 Uhr	Haus der sozialen Dienste Blauer Salon
Workshop 2	Wohnen und Leben	12.11.12	16:00 - 18:00 Uhr	Haus der sozialen Dienste Blauer Salon
Workshop 3	Arbeit und soziale Sicherheit	19.11.12	16:00 - 18:00 Uhr	Haus der sozialen Dienste Blauer Salon
Workshop 4	Gesundheit	26.11.12	16:00 - 18:00 Uhr	Haus der sozialen Dienste Blauer Salon
Abschluss- veranstaltung Maßnahmen- konferenz	Der komplette Maßnahmen- plan	3.12.12	16:00 - 18:00 Uhr	Atrium der Stadtwerke Erfurt

Alle Veranstaltungsorte sind barrierefrei zugänglich. Hörschleifen und/oder ein Gebärdendolmetscher werden nach vorheriger Anmeldung bei Herrn Zweigler bereit gestellt.

Beschreibung der Örtlichkeiten

Amt für Soziales und Gesundheit
Blauer Salon
Juri-Gagarin-Ring 150
99084 Erfurt

Erreichbar über Haltestelle

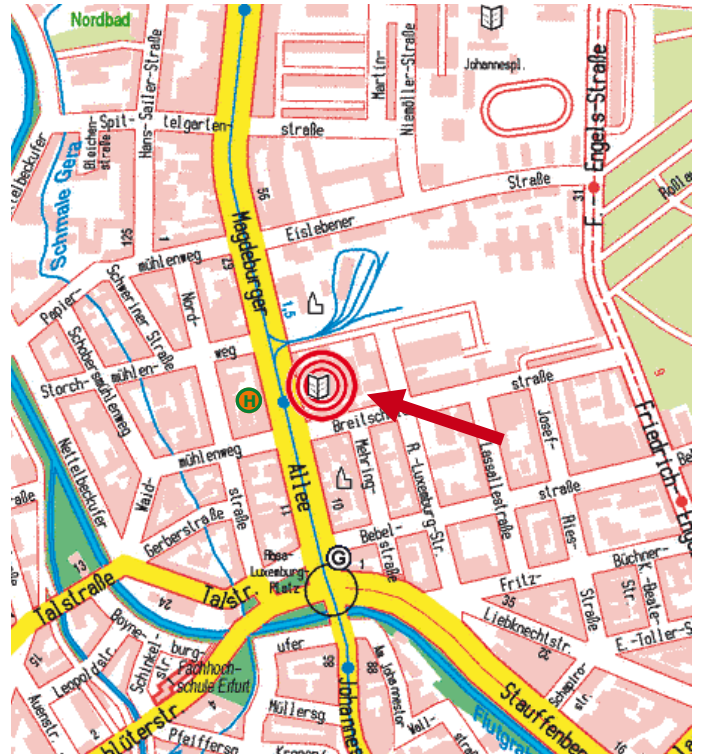
📍 Augustinerkloster



Stadtwerke Erfurt – Atrium
Magdeburger Allee 34
99086 Erfurt

Erreichbar über Haltestelle:

📍 Lutherkirche/Stadtwerke Erfurt



Abschlussveranstaltung

Zum Abschluss der Maßnahmenkonferenz sind noch einmal alle Beteiligten und Interessierten eingeladen, die in der Visionenkonferenz und während der Workshops ihre Vorstellungen eingebracht haben.

Das Ergebnis des Filmprojektes*, welches von Salve TV begleitet wurde, wird hier der Öffentlichkeit präsentiert.

Des Weiteren werden die Ergebnisse der thematischen Workshops vorgestellt. Sie können noch einmal hinterfragt, bekräftigt oder bestätigt werden. Ein Podium von Experten aus den Workshops kommentiert die Ergebnisse und steht für Nachfragen zur Verfügung.

Zum Ende der Veranstaltung wird der Maßnahmenkatalog an den Oberbürgermeister Andreas Bausewein übergeben.

*Das Filmprojekt „Inklusion in Erfurt“ startet bei der Visionenkonferenz und begleitete den ganzen Prozess bis hin zur Aufstellung des Aktionsplanes. Der Film beschreibt den Weg, wie in Erfurt die UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt wird.

Vorläufiger Ablaufplan

- | | |
|------------------|--|
| 16:00 Uhr | Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden des Beirates für Menschen mit Behinderungen |
| | Rückblick Filmprojekt |
| 16:20 Uhr | Vorstellung der Ergebnisse Workshop 1-4 |
| 17:40 Uhr | Übergabe des Maßnahmenkatalogs an den Oberbürgermeister |

Kindertagesstätten und schulische Bildung

- ¹ Es sollte mehr pädagogisches Personal an Schulen geben, um den Bedürfnissen gerecht werden zu können.
- ² Humanistische Bildung und Erziehung muss in allen Bereichen vorhanden sein.
- ³ Es sollte eine Anpassung der Lehrpläne und Bildungsinhalte als Ergänzung des reformpädagogischen Ansatzes vollzogen werden.
- ⁴ Es sollte ausreichend Bildungsmöglichkeiten und Chancen geben, die auf den individuellen Bedarf der Schüler ausgerichtet sind.
- ⁵ Die Förderung in temporären Förderzentren kann ein guter Weg zur gesellschaftlichen Teilhabe sein.
- ⁶ In Schule und Ausbildung sollen keine Unter- und Überförderung statt finden.
- ⁷ Eine unkomplizierte Förderung von Talenten sollte gegeben sein ohne jegliche Barrieren, vor allem ohne Vorurteile.
- ⁸ Menschen mit und ohne Behinderung sollen auf eine Schule gehen und so viele Fächer, wie möglich, zusammen machen, man soll sich gegenseitig helfen.
- ⁹ Das Schulsystem - wie bisher - soll sich ändern – Freizeit soll beispielsweise zusammen gestaltet werden.
- ¹⁰ Rechnen und Lesen sollte für alle Menschen erlernbar sein.
- ¹¹ Es sollte mehr Angebote geben die das Lernen draußen an der frischen Luft ermöglichen und so die Verbindung zur Natur hergestellt werden kann.
- ¹² Gemischte Schulen für Gehörlose und Hörende wären wünschenswert.
- ¹³ Lehrer an Gehörlosenschulen

- müssen Gebärdensprache anwenden.
- ¹⁴ Eine enge Kooperation von noch vorhandenen Förderschulen mit Gesamtschulen, Regelschulen, Gymnasien und berufsbildenden Schulen (z.B. Kooperationsverträge) sollte gefördert werden.
- ¹⁵ Das Schulgesetz muss dem inklusiven Gedanken angepasst werden.
- ¹⁶ Sonderschulen sollten für nicht behinderte Menschen geöffnet werden.
- ¹⁷ Der Ausbau der Schulassistenz im gemeinsamen Unterricht sollte gefördert werden.
- ¹⁸ Es sollte festangestellte Schulbegleiter an den Schulen geben.
- ¹⁹ Kleinere Schulklassen würden das Lernen erleichtern.
- ²⁰ Schulklassen sollten generell mehr Unterstützung erhalten.
- ²¹ Das Angebot von integrativen Kindergärten, Schulen, Jugendhäuser, Discos sollte erweitert werden. Es soll Schul- und Sportvereinspartnerschaften geben.
- ²² Bei Schulsanierungen muss Barrierefreiheit sichergestellt werden.
- ²³ Schüler mit Behinderungen sollten immer an Klassenfahrten teilnehmen können und dementsprechend muss ausreichend medizinisches und pädagogisches Personal vorhanden sein.
- ²⁴ Schulen/Klassen können Menschen mit Behinderung einladen, damit Kinder aus erster Hand über Behinderung etwas erfahren (siehe VdB Gotha).
- ²⁵ Es sollten für alle Kinder, ob behindert oder nicht, Kindergartenplätze da sein und somit auch die Inklusion in allen Kitas gewährleistet werden.

Aus - und Weiterbildung

- ²⁶ Bürokratische Hürden bei der Aufnahme von Kindern mit Behinderung sollten abgeschafft werden.
- ²⁷ Die Ausbildung der Lehrer sollte dem inklusiven Gedanken angepasst werden und Pflichtbestandteil an der UNI Erfurt für alle Studenten werden.
- ²⁸ Lehrkräfte, Krankenschwestern, Ärzte und anderes med. Personal sollten für Inklusion sensibilisiert werden.
- ²⁹ Ich möchte ein anderer Mensch werden, Schreiben und Lesen lernen können.
- ³⁰ Bürokratie und viele Zahlen müssen verringert werden, dafür mehr Inhalte und Veränderungen gegeben sein.
- ³¹ Das Programm der Volkshochschule sollte zur Umsetzung des Anspruches auf lebenslanges Lernen ausgerichtet werden.
- ³² Es sollten barrierefreie Weiterbildungen an der Volkshochschule Erfurt angeboten werden.
- ³³ Spezielle Bildungseinrichtungen dürfen sich nicht auf bestimmte Klientel festlegen – es soll dementsprechend keine Einschränkungen geben: Warum gilt die Volkshochschule nicht für Menschen mit Behinderungen? Erwachsenenbildungskurse – warum sind diese nicht für alle? Studium für alle?
- ³⁴ Eine frühzeitige und frühestmögliche Aufklärung und Erziehung sollen ermöglicht werden.
- ³⁵ Eltern sollten vom gemeinsamen Lernen überzeugt werden. Sie sollten auf diesem Prozess mitgenommen werden.
- ³⁶ Menschen mit Behinderungen sollten im pädagogischen Bereich eingesetzt werden – Vorbildfunktion für Kinder.

Eltern und Erziehung

- ³⁷ Erziehung sollte sich an der Akzeptanz Anderer orientieren – ab der Kindergartenzeit.
- ³⁸ Das Wissen aus der Selbsthilfe sollte genutzt werden.
- ³⁹ Alle Kinder sollten zusammen spielen können, ob behindert oder nicht, die Eltern sollten ihnen auch mal was zutrauen und sie nicht immer bemuttern.
- ⁴⁰ Begleitete Elternschaften für Menschen mit Behinderung sollten eingeräumt werden.
- ⁴¹ Andere Eltern sollten Familien mit Kindern oder Eltern mit Behinderung akzeptieren.
- ⁴² Das Angebot für die differenzierte Unterstützung von Familienmitglieder mit Behinderung sollte gegeben sein.
- ⁴³ Mütter im Rollstuhl sollten die Möglichkeit haben, sich mehr mit anderen Müttern auszutauschen.

Wohnraum

- ¹ Alternative und gemischte Wohnformen müssen auch generationsübergreifend gefördert werden.
- ² Individuelles Zusammenleben bis ins hohe Alter und ohne zeitliche Begrenzung sollte überall möglich sein.
- ³ Angebote müssen dort abgesichert werden, wo man lebt.
- ⁴ „Haus der Inklusion“, leben und lernen, voneinander, miteinander, jeder darf ein- und ausgehen.
- ⁵ Die Rahmenbedingungen für Wohnen müssen verbessert werden.
- ⁶ Eine Verbesserung der Infrastruktur sollte dazu führen, dass Wohnungen bezahlbar und barrierefrei sind.
- ⁷ Bezahlbarer Wohnraum sollte auch in der Innenstadt gegeben sein.
- ⁸ Vermieter sollten anfangen, umzudenken und nicht nur nach Profit zu schauen.
- ⁹ Es sollte mehr Möglichkeiten geben, die es Menschen mit Beeinträchtigung erleichtern eine Wohnung zu finden.
- ¹⁰ Mehr Zuschläge, beispielsweise beim Wohngeld und rollstuhlgerechte, große Wohnungen müssen geschaffen werden.
- ¹¹ Es werden Orientierungshilfen und Hilfsmittel in Haus und Wohnraum benötigt.
- ¹² Ich möchte barrierefreien Wohnraum, damit ich auch meine Freunde besuchen kann.
- ¹³ Es dürfen keine behindertengerechten Ghettos geschaffen werden, sondern inklusive Sozialräume.
- ¹⁴ Ich fände es gut, wenn pro Mietshaus mindestens eine barrierefreie Wohnung vorhanden ist.

- ¹⁵ Der Wohnraum sollte durch jeden selbst ausgewählt werden können – freie Wahl der Wohnung.
- ¹⁶ Wohnen sollte mit technischer Assistenz verbunden werden, damit ein längerer Verbleib in der eigenen Wohnung ermöglicht werden kann.
- ¹⁷ Die Zusammenarbeit von Wohnungsunternehmen und den Behindertenverbänden muss verbessert werden.
- ¹⁸ Es sollen weniger Luxuseigentumswohnungen gebaut werden sondern mehr sozialer Wohnraum geschaffen werden.
- ¹⁹ Die Leitfäden 1-3 barrierefreies Bauen in Erfurt sowie der Leitfaden 4 (Wohnen) sollten aktualisiert werden.
- ²⁰ Heime für psychisch kranke Menschen müssen abgeschafft werden.

Sozialraum und öffentliche Einrichtungen/Plätze

- ²¹ Es sollte mehr Induktionsanlagen für CI- und HG Träger in öffentlichen Gebäuden geben.
- ²² Andere Menschen sollten in den Straßenbahnen mehr Rücksicht auf Rollstuhlfahrer oder Personen mit Rollator nehmen.
- ²³ Die Raucherinseln auf den Bahnhöfen dürfen nicht direkt neben den wenig vorhandenen Bänken stehen.
- ²⁴ Die Straßenbahn, die zur Fachhochschule und zur Werkstatt fährt, ist zu klein. Ich wünsche mir eine größere, die nur für Menschen mit Behinderungen ist, wo mir keiner was tut.
- ²⁵ Der Ausbau des ÖPNV auch für die ländlichen Regionen ist wünschenswert.
- ²⁶ An Haltestellen, wie am Anger,

Domplatz oder Fischmarkt gibt es Höhenunterschiede der Bordsteine. Wir wünschen uns hier mehr Barrierefreiheit und Zugänglichkeit zur Straßenbahn. Ein gutes Beispiel ist die Haltestelle Grubenstraße.

- ²⁷ Die Ampelphasen sind an vielen Stellen zu kurz. Menschen mit Behinderungen kommen nicht schnell genug über die Ampel. Eine Verlängerung der Grünphasen würde helfen.
- ²⁸ Der Daberstedter Bus muss behindertenfreundlich werden.
- ²⁹ Die Deutsche Bahn sollte jedem Rollstuhlfahrer die Möglichkeit einräumen, immer dahin fahren zu können, wohin und wann er will – ohne vorherige Anmeldung.
- ³⁰ Der Zoopark sollte für alle zugänglich gebaut werden, so dass Kinder, Rollstuhlfahrer und auch Kleinwüchsige alles sehen können.
- ³¹ Öffentliche Toiletten sollten für

alle gleich nutzbar sein (Tritt, Sitz, Hygiene).

- ³² Geldautomaten sollten barrierefrei sein.
- ³³ Wohnungen und öffentliche Einrichtungen sollten mit Rauchmeldeanlagen mit Vibrationsalarm und Blinkanlage versehen werden.
- ³⁴ Beim Neu-, Aus- und Umbau von Gebäuden, Straßen etc. sollte von Anfang an auf Barrierefreiheit geachtet werden – gerade im öffentlichen Bereich.
- ³⁵ Ebenso sollten Gehwege für jeden zugänglich und nutzbar sein (Gehwege breiter bauen).
- ³⁶ Das Kinder und Jugendtheater „Schotte“ sollte für jeden zugänglich sein.
- ³⁷ Die Schaffung eines barrierefreien Zuganges zum Sozialgebäude am Nordstrand ist von Nöten.

- ³⁸ Ein Lehrgang für „bauende“ Ämter und Eigenbetriebe könnte durchgeführt werden, in dem das Thema Barrierefreiheit genau erläutert wird.
- ³⁹ Die Abforderung eines Fachkundenachweises zum barrierefreien Bauen für Architekten und Ingenieure vor der Auslösung von Planungsaufträgen sollte eingeführt werden.
- ⁴⁰ Spielplätze sollten hinsichtlich der DIN 18034 und 33942 geprüft werden.
- ⁴¹ Gaststätten sollten für alle zugänglich sein und auch gemischtes Personal haben.
- ⁴² Uneingeschränkte Reisefreiheit – Gehörlose dürfen in Flugzeugen und auf Kreuzfahrtschiffen nicht abgelehnt werden.
- ⁴³ Es sollte ein Standardkatalog entwickelt werden, der die Durchführung von barrierefreien öffentli-

chen Veranstaltungen regelt. Dies könnte durch ein Ingenieurbüro oder die Fachhochschule übernommen werden.

Sport und Freizeit

- ⁴⁴ Inklusion sollte auch im Sport eine große Rolle spielen. Die Vermittlung von Wissen und das Bereitstellen von entsprechender Literatur bei den Übungsleitern sollte die Ängste im Umgang nehmen.
- ⁴⁵ Menschen mit Behinderung sollten in Sportevents mit einbezogen werden.
- ⁴⁶ Ein breiteres Angebot an Urlaubs- und Ferienplätzen für Menschen mit Behinderung sollte geschaffen werden.
- ⁴⁷ Zugang zu allen Sport- und Freizeitangeboten (Verein etc.) soll gegeben sein.

- ⁴⁸ Freizeitangebote sollten so gestaltet werden, dass eine offene Begegnung von Menschen mit und ohne Behinderung möglich ist. Begegnungsstätten sollten mehr gefördert werden.
- ⁴⁹ Technische Angebote sollten für alle Menschen nutzbar sein (z.B. Menschen mit Einschränkung des Sehvermögens).
- ⁵⁰ Die Bereitstellung von kostenlosen Internetzugängen für Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder Behinderung wäre wünschenswert.
- ⁵¹ Die barrierefreie Nutzung von Medien und Kultur sollte gegeben sein.

Arbeit

- ¹ Zuverdienst soll trotz staatlicher Leistungen ermöglicht werden.
- ² Persönliches Budget sollte in Erfurt für jeden möglich sein.
- ³ Eine integrative/inklusive Arbeitsplatzbörse soll geschaffen werden (für Menschen, die durch alle Raster fallen, z.B. 18-h-Woche).
- ⁴ Ein Mittelweg zwischen einer Werkstatt für behinderte Menschen und richtiger Arbeit sollte gefunden werden.
- ⁵ Die Schaffung von Arbeitsplätzen für alle Teile der Gesellschaft, die auch von allen bewältigt werden können, sind wünschenswert.
- ⁶ Es sollen Angebote für Gehörlose in Werkstätten geschaffen werden.
- ⁷ Ich hätte gern einen Wunscharbeitsplatz (z.B. im Kindergarten).

- ⁸ Die Schaffung neuer Arbeitsplatzmodelle mit gerechtem Stundenlohn und gerechter Arbeitsverteilung ist sehr wichtig.
- ⁹ Arbeit für psychisch kranke Menschen soll ermöglicht werden – ihre Erfahrung soll als Bereicherung begriffen werden.
- ¹⁰ Unterstützung auf dem Arbeitsmarkt soll nicht nur für Azubis, sondern auch für jüngere/ältere Menschen mit Behinderungen angeboten werden.
- ¹¹ Es sollte vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten geben, um die berufliche Teilhabe realisieren zu können.
- ¹² Die Bezahlung für Menschen mit Behinderung soll gerecht sein.
- ¹³ Statt Förderung sollte eine Festanstellung ermöglicht werden.
- ¹⁴ Es sollte in jeder Werkstatt Frauenbeauftragte geben.

Selbstbestimmung und Toleranz

- ¹⁵ Die Mitarbeiter in Behörden sollen besser geschult werden – betrifft zum Beispiel das persönliche Budget.
- ¹⁶ Es sollte mehr Anlauf- und Beratungsstellen in allen Lebensbereichen geben (Was beantrage ich wo? Was steht meiner Familie zu?).
- ¹⁷ Das Amtsblatt sollte in leichter Sprache erscheinen.
- ¹⁸ Einschüchterungen bei Vorsprachen in Behörden müssen vermieden werden.
- ¹⁹ Dienstleister, wie im Handel oder der Friseur, sollten besser sensibilisiert werden.
- ²⁰ Das Finanzsystem sollte transparenter und leicht zu verstehen sein, damit man mehr Möglichkeiten hat, zu wissen, wie man sparen kann.

- ²¹ Es sollte keine ständige Überwachung geben und die Sicherheit auf das Notwendigste beschränkt werden, um die Freiheit im sozialen Raum erhalten zu können.
- ²² Hilfspersonen sollten nicht bevormundet werden.
- ²³ Das ständige Mitspracherecht über die Hilfen von Menschen mit Behinderung über sich selbst und für ihre Kinder sollte zur Selbstverständlichkeit werden.
- ²⁴ Die Schaffung und stetige Aktualisierung eines Stadtführers, der insbesondere auch auf die barrierefreien Arztpraxen und sonstigen medizinischen Einrichtungen eingeht, ist maßgeblich für ein inklusives Erfurt.
- ²⁵ Es sollte die Ansiedlung einer Agentur für Mobilitätslotsen ermöglicht werden.
- ²⁶ Die Bereitstellung eines Navigationsgerätes für ein barrierefreies Erfurt ist von Nöten.
- ²⁷ Wir möchten mit mehr Respekt behandelt werden. Da beginnt schon bei der Ansprache.
- ²⁸ Die Gesellschaft sollte sich generell mehr in Akzeptanz üben und durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit, die aktive Einbindung und Aufklärung, schon bei den Jüngsten beginnen lassen.
- ²⁹ Der Begriff Inklusion ist nicht ansprechend und verständlich. Wir wollen eine Sprache, die alle verstehen und die jeden anspricht.
- ³⁰ Die Stadtentwicklung sollte sich generell an dem inklusiven Gedanken orientieren.

Finanzen

- ³¹ Es sollten mehr eindeutige finanzielle und rechtliche Grundlagen für Menschen mit Behinderung geschaffen werden.
- ³² Bei Verlust der Familie sollte jeder finanziell abgesichert sein.
- ³³ Mehr Geld für alle.
- ³⁴ Die Einführung von Gehörlosengeld sollte ermöglicht werden.
- ³⁵ Arbeit, die verrichtet, wird soll auch dementsprechend vergütet werden.
- ³⁶ Inklusion darf nicht am Geld scheitern.
- ³⁷ Ein besseres Ausgleichsgeld sollte für Menschen mit Behinderung eingerichtet werden.
- ³⁸ Nicht behinderte Bürger sollten auch Visionen äußern für ein inklusives Erfurt.
- ³⁹ Vorurteile müssen beseitigt werden.
- ⁴⁰ Stigmatisierungen im Sprachgebrauch müssen abgeschafft werden.
- ⁴¹ Journalisten sollten mit der Thematik sensibilisiert werden, um auch entsprechende Berichterstattung machen zu können.
- ⁴² Jeder soll die Freiheit haben, behindert sein zu können.

Barrierefreiheit im Gesundheitssystem

- ¹ Die Beziehung Arzt – Patient muss verbessert werden.
- ² Die gegenseitige Rücksichtnahme in Wartezimmern und ein besseres Bestellsystem würden den Arztbesuch für Menschen mit Behinderung erleichtern – manche Menschen können auf Grund einer Beeinträchtigung nicht warten.
- ³ Kommunikation sollte besser gestaltet werden, um einer gesprächssarmen Psychiatrie entgegenzuwirken.
- ⁴ Ärzte sollten mit Gehörlosen besser umgehen (z.B. CI-Träger).
- ⁵ Es sollte mehr Ärzte mit verschiedenen Fremdsprachenkenntnissen geben.
- ⁶ Es müssen schnelle Termine in Notsituationen möglich sein (z.B. Therapien).
- ⁷ Ärztliche Aufklärungen in einfacher Sprache würden eine respektvolle Behandlung begünstigen.
- ⁸ Wir fordern: Kein Zwang und keine Gewalt in der geschlossenen Psychiatrie (Medikamente und körperliche Unversehrtheit betreffend).
- ⁹ Rollstuhlfahrer sollen sich aussuchen können, zu welchem Arzt sie gehen – und nicht welche gerade barrierefrei erreichbar sind.
- ¹⁰ Es sollte ein barrierefreies Ärztehaus im Rieth geben, das auch für Familien und Kinder zugänglich ist.
- ¹¹ Die Gesundheitsleistungen für Menschen mit Behinderung sollen verbessert werden.
- ¹² Die Abdeckung sexueller Bedürfnisse auf Rezept sollte ermöglicht werden.
- ¹³ Eine bessere Anerkennung von Erkrankungen wäre wünschenswert,

welche leider nur stiefmütterlich behandelt werden oder gar nicht als Erkrankung anerkannt werden.

- ¹⁴ Es soll ein 24h-Krisendienst für Menschen mit seelischen Behinderungen oder Familien in Notlagen, sowie Beratung für seelisch Behinderte eingerichtet werden.
- ¹⁵ Ein SMS-Notrufsystem wäre wünschenswert.
- ¹⁶ Wir wünschen keine Ablehnung von Hilfsmitteln und Kuren.
- ¹⁷ Bei Flucht- bzw. Kriegstraumapatienten sollte eine zeitnahe Psychotherapie möglich sein.
- ¹⁸ Ein gleichberechtigter Zugang zu bedarfsgerechten medizinischen Angeboten sollte ermöglicht werden.
- ¹⁹ Die Bereitstellung bedarfsgerechter Hilfsmittel sollte unabhängig vom Alter erfolgen. (Es ist nicht als Luxus zu bezeichnen, wenn man ei-

nen Elektrorollstuhl mit 10 km/h fährt und bei Regen nicht schnell nach Hause kommen kann.)

- ²⁰ Es sollte viel mehr Informationen über psychische Krankheiten geben, um Vorurteile abzubauen.
- ²¹ Der Psychosozialen Selbsthilfe sollte mehr Mitsprache eingeräumt werden z.B. im Behindertenbeirat.

Anmerkung:

Die hier dargestellten Gedanken wurden alle anonym im Kontext der Visionenkonferenz gesammelt. Das Zusammentragen und Zuordnen in Kategorien ist ohne Wertung und Prioritätensetzung zu betrachten.

Die Nummerierung erfolgte ausschließlich zur leichteren Bearbeitung in den Workshops.

Formulierungshilfen für die Workshops

„Maßnahmen sind Visionen mit Straße und Hausnummer.“ (W. Zweigler)

Wo oder für Wen?	Was konkret?	bis Wann?	durch Wen?
An der Straßenecke A/B	Bordsteinhöhe, Ampelphase,	Jahr	unseren Verband
An der Haltestelle C	Einstieg, Infosystem, Beratungsstelle, Ärzte	Quartal	der Verein
Im Stadtteil D	Zugang, Technik, Einladung	Bevor	die Stadt
Für die Einrichtung E	Informationsbroschüre über	Monate	das Amt für
Für die Zielgruppe X	Prüfung der Möglichkeiten X/Y	nach	die Kowo / WBG /
In der Angelegenheit Y	Fortbildungsangebote für	Im Zuge	die EVAG
In der Ausbildung von ...	folgendes Angebot: Förderrichtlinien so ändern, ...	von	die Bildungsstätte X
	Eine Richtlinie erlassen, ...	Im Vorfeld	die VHS
	Die Vorschrift ... überarbeiten		unsere Firma

Formulierungshilfen

Wo oder für wen?	Was konkret?	Bis wann?	Durch wen?
<hr/> <hr/> <hr/>	<hr/> <hr/> <hr/>	<hr/> <hr/> <hr/>	<hr/> <hr/> <hr/>
<hr/> <hr/> <hr/>	<hr/> <hr/> <hr/>	<hr/> <hr/> <hr/>	<hr/> <hr/> <hr/>
<hr/> <hr/> <hr/>	<hr/> <hr/> <hr/>	<hr/> <hr/> <hr/>	<hr/> <hr/> <hr/>

Bitte bei Bedarf kopieren oder heraustrennen.

Kontakt:

Stadtverwaltung Erfurt

Beirat für Menschen mit Behinderung

Vorsitz: Uwe Kintscher

Telefon: 0361 6007-181

Fax.: 0361 6007-189

E-Mail: u.kintscher@lebenshilfe-erfurt.de

Stellvertretung: Dr. Björn Starke

Telefon: 0361 6005010

Fax: 0361 6005011

E-Mail: mail@christophoruswerk.de

Geschäftsführ.: Wolfgang Zweigler

Telefon: 0361 655-1005

Fax.: 0361 655-1009

E-Mail: buergerbeauftragter@erfurt.de



LANDESHAUPTSTADT

THÜRINGEN

Stadtverwaltung

Herausgeber:

Landeshauptstadt Erfurt

Stadtverwaltung

Redaktion:

Beirat für Menschen mit

Behinderung Erfurt

Druck:

Christophorus Dienstleistungen gGmbH

Integrationsfirma für Menschen

mit Behinderung